

Sander SPD mit Themen in Berlin vertreten

Sand. In der jüngsten Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins diskutierten die Teilnehmer neben kommunalen politischen Themen auch Themen und Positionen zur Bundespolitik. Inzwischen hat Vorsitzender Paul Hümmer von SPD-Vorstand in Berlin die Nachricht erhalten, dass die eingereichten Sander Anträge auf dem Parteikonvent im Juni zur Diskussion stehen. Eines der Hauptthemen war dabei die Diskussion um die Rente. Unter dem Motte „Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter sichern“ wurden Forderungen diskutiert beschlossen. Mit dem abschlagsfreien Rentenbezug nach 45 Versicherungsjahren, der "Mütterrente" mit der höheren Bewertung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborenen Kindern und höheren Erwerbsminderungsrenten konnte die SPD in der jetzigen Regierungsverantwortung erstmals seit Jahrzehnten wieder strukturelle Verbesserungen im Rentenrecht verankern, SPD Bezirksrat Bernhard Ruß..

Die Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Versorgungsprobleme für heutige und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt. Der SPD-Parteikonvent wird deshalb dazu aufgefordert, mit dem „Rentenpaket“ nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Nötig sind weitere Reformschritte!. Die Finanzierung einer lebensstandardsichernden Rente ist unter Berücksichtigung der Einbindung des zunehmenden Vermögenkapitals möglich und damit auch eine Aufgabe der Verteilungsgerechtigkeit, ergänzte Paul Hümmer.

Ein Antrag beschäftigt sich mit einem Thema, dass besonders für junge Leute eine Belastung ist. Das Thema befristete Arbeitsverträge, hier fordert die Sander SPD die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen bei Arbeitsverträgen. Die Sander fordern unbefristete Arbeitsverträge müssen wieder die Regel werden. Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf ein unvermeidbares Maß zurückzuführen. Dazu zählt die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung nicht. Die Möglichkeiten zur Befristung ohne Sachgrund im Teilzeit- und Befristungsgesetz sind zu streichen. Es ist notwendig, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen, um für mehr Sicherheit im Erwerbsverlauf zu sorgen. Diese Forderung soll Bestandteil des nächsten Bundeswahlprogrammes werden. Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Sinne des Antrags gesetzliche Initiativen zu ergreifen, so Vorsitzender Paul Hümmer.

Ein weiteres Thema aus dem Berufsleben ist die Forderung nach Wiederherstellung der vollständigen paritätischen Finanzierung auch durch die Arbeitgeberseite in der Krankenversicherung. Die SPD soll damit unterstreichen, dass man am Prinzip der vollständigen paritätischen Beitragsfinanzierung fest hält und plädiert dafür, sie durch eine stärkere Finanzierung über Steuern zu ergänzen. Die SPD soll diese Vorstellung in das Wahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl aufnehmen so die Mitglieder. Weiter wird eine Ausweitung der Versicherungspflicht und des Versicherungsschutzes gefordert und die Sozialversicherungen sind zur Bürger- und Erwerbstätigenversicherungen weiterzuentwickeln.

In der aktuellen Diskussion um den Breitbandausbau wird derzeit das Thema Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt, fanden die Teilnehmer. Nach deren Auffassung gehört die Verkehrsinfrastruktur ebenfalls zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Die SPD-Bundespartei wird deshalb aufgefordert Privatisierungen bei den Bundesautobahnen abzulehnen.